

Lehmgruben-Pläne sorgen für Unmut

Gemeinderat Kronburg lehnt Antrag von Firma auf Wiederverfüllung ab – Erhöhte Verkehrs- und Lärmelastung befürchtet

VON ARMIN SCHMID

Kronburg Ein Antrag auf Wiederverfüllung der Lehmgrube in Hackenbach bei Kronburg erhitzt die Gemüter. Die Winterrieder Firma Soladis, eine Tochtergesellschaft der Ziegelfabrik in Klosterbeuren, will die Grube nach erfolgtem Lehmabbau mit rund 800 000 Kubikmeter Material befüllen. Erreichen will dies der Antragsteller durch eine Abänderung des gültigen Rekultivierungsplans. Ursprünglich war der Abbau mit einer Rekultivierung ohne Wiederverfüllung genehmigt worden.

In seiner jüngsten Sitzung machte der Kronburger Gemeinderat seine Position deutlich: Die Räte lehnten den Antrag einstimmig ab. Bedenklich finden die Ratsmitglieder die drohende Verkehrs- und Lärmelastung, die auf den Ort und die Bürger zu kommen würde. Rechtsanwalt Matthias Reithofer machte allerdings deutlich, dass diese Argumentation im Klagefall „zu dünn und wenig Erfolg versprechend“ ist. Als nicht hinnehmbar empfanden Gemeinderatsmitglieder die Tatsache, dass die Lehmgrube auch mit Material der sogenannten Klasse Z2 befüllt werden soll. In diesem Fall kann nach Auskunft des Rechtsanwalts schadstoffbelastetes Material (Gleisschotter mit giftigen Spritzmittelrückständen oder vorsortierter Bauschutt) vorhanden sein.

Auch aus diesem Grund sieht Reithofer die beantragte Wiederverfüllung der Grube im Abfallrecht ange-



Die Firma Soladis will die Lehmgrube in Hackenbach wiederverfüllen. Der Kronburger Gemeinderat hat einen entsprechenden Antrag des Unternehmens einstimmig abgelehnt.

Foto: Simone Schaupp

siedelt. Dieser Verfahrenswechsel vom Baurecht zum Abfallrecht hätte mehrere Vorteile. Im Baurecht erwartet der Rechtsanwalt eine Entscheidung binnen weniger Monate. Dann müsste die Gemeinde bei Genehmigung des Vorhabens den Klageweg beschreiten. Dabei wären das Prozessrisiko selbst und eventuelle Schadensersatzforderungen zu berücksichtigen.

Ein Verfahren im Abfallrecht dage-

gen würde sich laut Reithofer über ein bis drei Jahre hinziehen. Hier hätte die Gemeinde auf jeden Fall wertvolle Zeit gewonnen, um ihre Argumentation und eventuelle Gegenmaßnahmen auf eine breitere Basis zu stellen. Eine Änderung der Bauleitplanung in dem Bereich zogen die Gemeinderäte nicht in Betracht. „Hier müssten wir eine sinnvolle und neue Nutzungsmöglichkeit für die im Außenbereich liegende Baugrube finden. Und das ist

schwer“, fügte Reithofer an. Erfolgschancen sehen die Räte darin, dass im Verfahren bislang keine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht wurde. Nach Möglichkeit sollen daher die Umweltverbände mit ins Boot geholt werden.

„Erholungswert leidet“

Bürgermeister Winfried Prinz betonte, dass die Steilhänge der Lehmgrube mittlerweile zum charakteristischen

Landschaftsbild gehören und, dass der Erholungswert der Landschaft unter der Wiederbefüllung beträchtlich leiden würde. Zudem sah er die Belange des Naturschutzes verletzt.

Die Rätegemeinschaft ließ keinen Zweifel daran, dass sie sich massiv gegen die Wiederverfüllung stemmen wird. Der Vorgang geht nun an das Landratsamt, das nun seinerseits eine Entscheidung treffen muss. Danach wollen die Räte über das weitere Vorgehen beraten. (Weiterer Bericht folgt.)

Vorgeschichte

- Die Anträge auf Lehmabbau in der Grube in Hackenbach gehen laut Bürgermeister Winfried Prinz auf die Jahre 1993 und 2001 zurück. Mittlerweile sei die Qualität des Lehms für die Ziegelherstellung offenbar nicht mehr ausreichend. Wäre dies nicht der Fall, könnten noch rund 800 000 Kubikmeter Lehm abgebaut werden.

- Anfang des Jahres sei bei der Gemeinde schließlich der Antrag auf Wiederbefüllung der Lehmgrube eingegangen. Der Rathauschef erläutert, dass 700 000 Kubikmeter Verfüllmaterial und 100 000 Kubikmeter Abdeckmaterial eingebracht werden sollen.

- Die Grube soll über einen Zeitraum von 20 Jahren verfüllt werden.
- Pro Tag rechnet Prinz mit 25 bis 30 Lkw-Fahrten.

(sar)